Einzelnummer 200 Mk.

Danziger Volksstimme

Bezugspreis: Durch die Post u. Austräg. 4000 M. In Pommerellen 8000 M poln. Anzeigen: Die 8-gespaltene Zeile 400 M, auswärts 600 M. Die Reklamezeile 1600 M, auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 97 — Donnerstag, den 26. April 1923 — 14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Rebellierende Agrarier.

Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat folgende große Anfrage an den Senat gerichtet:

Ist dem Senat bekannt, daß die für Neuteich festgesetzte Auktion, auf der das infolge des nicht abgelieferten Umlagegetreides beschlagnahmte Vieh versteigert werden sollte, mit Gewalt von einer Anzahl Landwirten verhindert worden ist? Ist demselben ferner bekannt, daß diese Landwirte mit voller Ueberlegung gegen die bestehenden Staatsgesetze gehandelt haben, daß Nötigung und Erpressung gegenüber einem vom Senat mit einer Amtshandlung beauftragten Auktionator begangen worden ist? Was gedenkt der Senat zu tun, um den Gesetzen und der Verfassung auch in den Kreisen der Landwirtschaft Achtung und Respekt zu verschaffen? Was hat die Staatsanwaltschaft in diesem Falle getan?

Die bürgerlichen Parteien wissen sich nicht genug zu haben um den Schutz der „Ordnung" und der Staatsautorität. Dieser Ordnungseifer tritt allerdings dann immer in Erscheinung, wenn sich das Bürgertum in seinem gottgewollten Besitz von rebellierenden Proletariern bedrängt sieht. Da kennt es keine Gnade, keine mildernden Umstände. Da wurden im kaiserlichen Ordnungsstaat einer Anzahl von Landarbeitern, die einige Streikbrecher bedroht haben sollten, auf Jahrzehnte hinter Kerkermauern geschickt. Und selbst in letzter Zeit hat die Staatsanwaltschaft, die bekanntlich die „objektivste Behörde der Welt" sein will, im Reich Anklage erhoben für Vergehen, die schon Jahre zurücklagen und sich durch die Revolutionswirren ohne weiteres erklären lassen. Man denke auch an das kürzliche Urteil in Heidelberg, wo Arbeiter und sozialistische Studenten mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft wurden, weil sie nach dem Rathenaumord gegen einen Heidelberger Professor demonstriert hatten, der am Tage der Rathenau-Beisetzung die Republik frech verhöhnt hatte. Und auch in Danzig wurden noch im vorigen Jahre einige harmlose Streikposten zu harten Gefängnisstrafen verurteilt. Alles im Namen der Ordnung und Staatsautorität.

Nun haben sich am Sonnabend in Neuteich die dortigen Agrarier eines schweren Landfriedensbruches schuldig gemacht. Sie verhinderten, daß der Auktionator in Tätigkeit treten konnte, was in diesem Falle Widerstand gegen die Staatsgewalt war. Denn der Auktionator handelte im Auftrage des Staates, als er wegen der Nichtablieferung des Umlagegetreides die Viehauktion vornehmen sollte. Daß es sich bei den Vorgängen um keinen Ausbruch plötzlicher Erregung, sondern um ein bewußtes Manöver handelt, geht schon daraus hervor, daß die Agrarier eine Musikkapelle mitgebracht hatten. Da diese nun den Sturmgesang der französischen Revolution nicht spielen konnte, so ließen diese das alte Lied steigen: „Was frag ich viel nach Geld und Gut, wenn ich zufrieden bin". Als Kampflied der preußischen agrarischen Agrarier dürfte dieses Lied doch wohl ungeeignet sein.

Die bürgerliche Presse ist, mit einer Ausnahme, über diese skandalösen Vorgänge stillschweigend hinweggegangen. Angesichts der bevorstehenden Volkstagswahlen soll die Einheitsfront des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie nicht gestört werden. Die sozialdemokratische Anfrage wird die bürgerlichen Parteien und den Senat aber zwingen, Farbe zu bekennen. Wir sind schließlich doch noch nicht in Bayern.

Die Sozialdemokratie für Versammlungsfreiheit.

Im Reichstag kam es gestern bei der fortgesetzten Beratung des Gesetzentwurfs für verstärkten Versammlungsschutz zu überaus erregten Auseinandersetzungen. Reichstagsabgeordneter Gen. Dittmann erklärte namens der Sozialdemokratie, das Gesetz müsse als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter wirken, und beantragte Zurückweisung an den Ausschuß. Die Redner aller bürgerlichen Parteien protestierten gegen eine solche Zurückweisung. Der Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuß wurde abgelehnt, worauf die Sozialdemokraten und Kommunisten den Saal verließen. Ein Antrag Dittmann, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen, wurde nach weiteren überaus heftigen Auseinandersetzungen, und nachdem die Sozialdemokraten wieder den Saal betreten hatten, abgelehnt. Bei der weiteren Abstimmung führten die Sozialdemokraten wiederum durch Verlassen des Saales Beschlußunfähigkeit herbei.

Am Tage vorher hatte Gen. Vogel ausführlich die Gründe auseinandergesetzt, die es der Sozialdemokratie unmöglich machten, diesem Knebelungsgesetz zuzustimmen. Die Sozialdemokratie halte diesen Gesetzentwurf für überflüssig, weil der darin bedrohte Sachverhalt unter eine ganze Reihe anderer Strafbestimmungen fällt. Wenn man schon den Versuch unternehmen will — den man z. B. schon in einer zu Beginn der Versammlung stattfindenden stürmischen Geschäftsordnungsdebatte erblicken kann — so werden zahlreiche Fehlgriffe der Gerichte die Folge sein. Die geordnete Durchführung einer Versammlung ist vielfach von einer geschickten Leitung abhängig. Wie aber, wenn es in Ermangelung einer geschickten Versammlungsleitung zu einer frühzeitigen Auflösung der Versammlung kommt? Wer ist dann der Sprenger der Versammlung? So gibt es noch eine ganze Reihe anderer Fragen, die durch den unklaren Gesetzentwurf nicht geregelt werden. Ihre Beantwortung hängt in hohem Maße von der Willkür der Gerichte ab und wir befürchten auf Grund unserer Erfahrungen insbesondere in Bayern, daß sich diese Willkür ganz einseitig gegen die Arbeiter richten wird.

Kommunistischer Zickzackkurs im Ruhrgebiet.

Der von den Kommunisten in Essen einberufene Betriebsrätekongreß nahm nach einer Meldung der „Roten Fahne" eine Hauptresolution an, durch welche die Bergarbeiter aufgefordert werden, geschlossen sich ihre Deputatkohle zu holen, ohne darum die französischen Offiziere um Erlaubnis zu bitten. Auf allen Zechenanlagen sollen Kohlenverteilungsausschüsse gebildet werden. Die Resolution fordert ferner Verteilung der Kohlenhalden an die werktätige Bevölkerung, keine Arbeit unter Bajonetten, keine Arbeit, wenn die Möglichkeit besteht daß die Kohle in die Hände Poincarés fällt. Es wurde eine Delegation gewählt, die mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten soll.

Die Kommunisten machen jeden Tag eine andere Parole. Bisher hatten sie die Sozialdemokraten in jeder Weise beschimpft, weil diese den passiven Widerstand gegen die Franzosen ablehnten. Nun versuchen sie selbst, mit nationalen Parolen die Bevölkerung für sich einzufangen. Dabei wird auch mit dem Mittel des Generalstreiks von diesen kommunistischen Parolenfabrikanten gespielt. Sie wissen eben nicht, wie sie am besten die Weltrevolution anfangen sollen.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem sie darauf hinweisen, daß die Versuche der Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten, bei Abwerrung von Kolk und Kohlenhalden durch die Franzosen und Belgier, ihre Generalstreikparole zu verwirklichen, das Ziel verfolgten, den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven zu machen, wie auch die Vorgänge in Mülheim und Essen bewiesen. Der Abwehrkampf sei bisher nur deshalb so erfolgreich gewesen, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt worden sei. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, das Ansinnen der Kommunisten und Syndikalisten zurückzuweisen und nach wie vor nur den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen zu folgen.

Frankreichs Vorbedingung.

Reuter meldet aus Paris: Frankreich besteht als Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen darauf, daß Deutschland von seiner Politik des passiven Widerstandes vollkommen ablasse. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" in Duisburg schreibt jedoch: Der heftige Widerstand der Arbeiter gegen ein Zusammenarbeiten mit den Besatzungsbehörden sei ein fester, der nicht übersehen werden dürfe. Die Arbeiter erklärten, daß, wenn sie einmal die Waffe der Passivität aus der Hand gegeben hätten, sie sie niemals benutzen könnten. Die Franzosen würden das Geheimnis der gesamten komplizierten Maschine entdecken und dann irgendeinen Vorwand finden, um sie für unbeschränkte Zeit in Händen zu behalten.

Die Wahlen in Bulgarien.

Das amtliche bulgarische Pressebureau veröffentlicht nachstehende Mitteilung: **Die endgültigen Wahlergebnisse lassen folgende Verteilung der Mandate zu: Regierungspartei 215 von insgesamt 246, Kommunisten 16, Block der Opposition 14, und Sozialisten 1 Mandat, das auch noch zweifelhaft ist. Alle Minister wurden in mehreren Wahlkreisen gewählt, Ministerpräsident Stambulijski in 13 Bezirken.**

Bemerkenswert ist beim Ausgang dieser Wahlen der starke Rückgang der kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen und das Anwachsen der Bauernpartei, die die Hauptstütze der Regierung bildet. In der vorigen Kammer, die im April 1920 gewählt wurde, waren vertreten: 110 Agrarier, 42 Kommunisten, 21 Demokraten, 21 Nationaldemokraten und Progressisten, 8 radikale Demokraten, 8 Sozialdemokraten und 6 Nationalliberale. Jetzt ist die gesamte bürgerliche Opposition auf 14 zusammengeschmolzen, während die Kommunisten nur 16 und die Sozialdemokraten 1 Mandat behalten haben. Sicherlich geht dieses Zusammenschmelzen der Opposition zu einem Teil auf die terroristischen Praktiken der Regierung zurück. Aber in bedeutendem Maße wird hier auch die Enttäuschung mitgewirkt haben, die die Kommunisten durch ihre tönenden Versprechungen, denen keine entsprechenden Taten folgten, in den Volksmassen heraufbeschworen haben. Noch vor kurzer Zeit hieß es, daß die kommunistische Weltrevolution ihre beste Stütze auf dem Balkan habe und sich von dort aus nach dem Westen bewegen werde. Jetzt haben die bulgarischen Kleinbauern, die anfangs den Lockrufen der Kommunisten folgten, sich größtenteils der regierenden Bauernpartei angeschlossen und damit erneut die Richtigkeit der sozialdemokratischen Anschauung bestätigt, daß die soziale Revolution ihre wichtigsten Stützpunkte nicht in den rückständigen Bauernländern des Ostens, sondern in den hochentwickelten Industrieländern des Westens hat.

Englisch-russische Differenzen.

Im englischen Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußern Mac Neill in einer Erwiderung auf Anfragen betreffend die Beschlagnahme eines britischen Fischdampfers und die Hinrichtung des Engländers Davidson durch die Bolschewisten, es sei beabsichtigt, ohne Verzug eine ernste Mitteilung an die russische Regierung zu richten. Das Arbeitermitglied Wedgewood fragte, ob Mac Neill sich bewußt sei, daß der englischen Nation nichts an einem neuen Krieg liege. Mac Neill erwiderte, das sei ihm bekannt, und deshalb habe die Regierung diese Haltung eingenommen.

Die Konsolidierung Polens.

Von Dr. Alfred Roisig.

Der chaotische Zustand, in dem der Weltkrieg Polen wiedererstehen ließ, beginnt nunmehr geordneteren Verhältnissen Platz zu machen. Vier Jahre lang stellte Polen eine fast beispiellose Anomalie dar: es war ein Reich ohne Grenzen. Durch die jüngsten Beschlüsse der Botschafterkonferenz wurde diese Anomalie behoben. Polen bildet nun ein fest umrissenes territoriales Gebilde. Gleichzeitig aber strebt die polnische Regierung unter der Aegide des neuen Staatspräsidenten Wojciechowski die wirtschaftliche Sanierung des Landes an. Den Plan dieser Aktion entwirft das vom Finanzminister Grabski im Sejm eingebrachte Finanzgesetz.

Daß diese beiden Konsolidierungsmaßnahmen, die territoriale und die wirtschaftliche, auf das engste miteinander zusammenhängen, ist von vornherein klar. Nur wenn sich beide vereinen und wenn auch eine politische, innere Konsolidierung eintritt, wird Polen tatsächlich das werden, wozu ihm eine außergewöhnliche Gunst des Schicksals gegenwärtig die Macht bietet: einer der entscheidenden Faktoren in der Gestaltung der osteuropäischen Verhältnisse und des europäischen Friedens.

Das Schicksal haben im Falle Polen die Ententemächte gespielt. Durch die Entscheidung vom 15. März haben sie Polen Ostgalizien sowie das Gebiet von Wilna zugesprochen und die russisch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Riga festsetzt, bestätigt. Daß eine solche Entscheidung möglich wurde, ist auf eine Aenderung der Stellungnahme Englands zurückzuführen, welches Polen früher mit unverhohlenem Mißtrauen gegenüberstand.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die definitive Einverleibung Ostgalizien auf nachdrückliche Proteste der Ukrainer, auch der ukrainischen Sozialdemokratie stieß. Die Frage, ob Polen es verstehen wird die berechtigten Wünsche der 7 Millionen zählenden ukrainischen Bevölkerung von Wolhynien, Polesje und Ostgalizien zu befriedigen, ist für die weitere Entwicklung der polnischen Republik von entscheidender Bedeutung. In der Resolution der Botschafterkonferenz heißt es allerdings: „Polen hat anerkannt, daß die ethnographischen Bedingungen für Ostgalizien eine autonome Verfassung verlangen." Ferner hat die polnische Regierung ein besonderes Manifest an die Bevölkerung der östlichen Randgebiete gerichtet und darin die volle Freiheit der nationalen und kulturellen Entwicklung sowie die baldigste Lösung der Agrarfrage zugesichert. Dennoch wirft selbst der föderalistisch gesinnte ukrainische Abgeordnete Wainnczuk der polnischen Regierung vor, daß sie sich bis jetzt zu keinem festen Programm den nationalen Minderheiten gegenüber entschlossen hätte. Von diesem Programm aber hängt die politische Innenkonsolidierung Polens ab.

Dies gilt besonders auch im Hinblick auf die zweitstärkste Minorität, die Juden, deren Sejmvertretung sich genötigt sah, gegen das ursprünglich von ihr unterstützte Kabinett Sikorski in Opposition zu treten. Daß der Ministerpräsident den antisemitischen Hetzverein „Rowoj" auflöste, ist eine anerkennenswerte Tat. Die Ausschreitungen gegen die Juden jedoch, welche aus Anlaß der Urteilsvollstreckung an dem Prälaten Budkiewicz in Warschau stattgefunden haben und die Sturmszenen im Sejm, beim Protest der jüdischen Abgeordneten beweisen, daß die polnischen Nationalisten auf ihre Gewaltpolitik noch immer nicht verzichten wollen. —

Auch Litauen und Sowjetrußland haben gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz protestiert. Polen hat diesen Protesten gegenüber darauf hingewiesen, daß eine friedliche Verständigung auf der Grundlage der getroffenen Entscheidung im Interesse aller Beteiligten liege. Indessen hängt das weitere Verhältnis zu diesen Staaten davon ab, ob die polnische Regierung auch in der Praxis auf eine friedliche Verständigung mit den Nachbarstaaten hinarbeiten wird.

Polens Friedenswille ist nach der Befriedigung seiner territorialen Ansprüche vollkommen begreiflich. Er hat jedoch noch einen tieferen Grund: das ist die wirtschaftliche Lage Polens, welche sich zu einer Katastrophe zuspitzen würde, wenn Polen nicht mindestens für eine Reihe von Jahren die friedliche Entwicklung gesichert wird. Dies geht schon aus dem Gesetzentwurf Grabskis hervor, der für die Regelung des polnischen Finanzwesens eine dreijährige Periode als unentbehrlich bezeichnet.

Daß die wirtschaftliche Sanierung für Polen eine Lebensnotwendigkeit bedeutet und um jeden Preis erstrebt werden muß, beweist auch der ganze Aufbau des Gesetzes. So wird in den Durchführungsbestimmungen eine ganz ungewöhnliche Maßnahme getroffen: die als unberechenbar geltende Kammer wird tunlichst ausgeschaltet und an ihrer Stelle der Staatspräsident als sanktionierende Instanz eingesetzt.

Auch einer zweiten Gefahr scheint das neue Finanzgesetz aus dem Wege gehen zu wollen. Man befürchtete, daß die Finanzreform die polnische Mark nun definitiv durch den Goldgulden verdrängen würde. Eine solche Maßnahme müßte nach den u. a. in Litauen gemachten Erfahrungen eine unerträgliche Teuerung und die wirtschaftliche Isolierung Polens nach sich ziehen.

Der Goldgulden als neue Valuta ist jedoch noch nicht eingeführt und das Gesetz entscheidet auch noch nicht, ob er überhaupt eingeführt werden wird. Wohl aber macht es gewissermaßen eine Vorprobe der Goldwährung, indem es den Goldgulden als Wertmesser in theoretischem Sinne, und zwar ausschließlich bei den Berechnungen des staatlichen Budgets zur Anwendung bringt. Aus dem Bereich der Privatwirtschaft ist der theoretische „Goldgulden" vorläufig ausgeschlossen.

Eine erhebliche Besserung der Finanzlage verspricht sich die Regierung von einer anderen Reformmaßnahme, nämlich von der Umschaltung sämtlicher staatlicher Betriebe in selbständige Unternehmungen nach privatwirtschaftlichem Vorbild. Die staatlichen Forste, die Staatsbahnen, Domänen, Gruben, Druckereien, Kurorte, ferner die Militär-, Telegraphen- und Telephonfabriken sowie das Tabak- und Spiritusmonopol sollen von nun an nach der Art von Privatbetrieben, welche auf Gewinn angewiesen sind, wirtschaften. Das Finanzministerium erwartet, daß diese Betriebe in den kommenden dritthalb Jahren nach den neuen Methoden um 300 Millionen Goldgulden mehr eintragen werden, als dies nach der bisherigen Wirtschaftsweise möglich wäre.

Ob diese Berechnung sich bewähren wird, bleibt abzuwarten. Die sozialistische Partei Polens hat jedenfalls schon aus prinzipiellen Gründen gegen die Privatisierung der Staatsbetriebe Stellung genommen und wird diesem Teile des Grabski'schen Finanzprogramms ihre Unterstützung versagen.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob die realen Verhältnisse es gestatten werden, daß der Finanzplan [illegible] Minister Grabskis sich tatsächlich programmatisch abwickelt. Dies hängt selbstverständlich nicht nur von der [illegible] Wirtschaftspolitik, sondern auch von der ganzen Richtung der Staatspolitik ab. Liegt doch der Schwerpunkt des Budgetproblems in den Ausgaben des Kriegsministeriums, welche schon jetzt während einer Periode verhältnismäßigen Friedens die Hälfte des ganzen Etats ausmachen. Jede kriegerische Verwicklung müßte natürlich die heutige Kalkulation des polnischen Finanzministeriums über den Haufen werfen.

Andererseits hängt die Durchführung dieser Kalkulation von der Erlangung einer Auslandsanleihe in der Höhe von 300 Millionen Goldgulden ab. Die definitive Festlegung der Grenzen Polens hat nun wohl die formalen Bedingungen zur Erlangung einer solchen Anleihe geschaffen. Dennoch werden Polen ausländische Kredite nicht zur Verfügung stehen, wenn nicht genügende Garantien dafür vorhanden sind, daß das investierte Kapital produktiven Zwecken und nicht zur Deckung militärischer Abenteuer dienen wird. Diese Umstände machen es begreiflich, daß Polen trotz des politischen Machtzuwachses, den es seiner territorialen Stabilisierung verdankt, ernstlich bestrebt sein muß, friedlichen [illegible] aus dem Wege zu gehen. Selbst gemäßigte Reden, wie sie Ministerpräsident Sikorski jüngst in Posen gehalten hat, liegen heute entschieden nicht im Interesse Polens. Das Programm der Konsolidierung Polens erfordert vielmehr, daß Polen, nach den [illegible] gewählten Worte Sikorskis im Sejm [illegible] in jenen [illegible] Bestrebungen erblickt, welche die Herstellung des verlorenen Gleichgewichts und den Wiederaufbau der Grundlagen der allgemeinen Menschenzivilisation anstreben."

Rußland und die Lausanner Konferenz.

[illegible] Tagen sind in Lausanne wieder die Orient[illegible] und in Abwesenheit der Russen, die an der [illegible] teilnehmen. In der gestrigen Sitzung des [illegible] Ismet Pascha daran, daß [illegible] der Meerengen [illegible] der Türkei [illegible] und auf jeden Fall an der Unterzeichnung des [illegible] teilnehmen müssen. [illegible] wenn die Russen [illegible] dem nicht [illegible] einen derartigen Wunsch [illegible]

Ein Sozialistengesetz in Japan.

In Japan ist eine Periode der Sozialistenverfolgungen im Anbrechen, ein Zeichen dafür, daß die japanische Arbeiterbewegung an Kraft zunimmt. Eine Gesetzesvorlage im April vorigen Jahres suchte sämtliche Organisationen zu unterdrücken. Sie wurde, von der gesamten japanischen Presse bekämpft, vom Parlament abgelehnt. Die Regierung beharrt trotzdem bei ihrer Absicht, ein ähnliches Gesetz durchzubringen. [illegible] der bürgerlichen Elemente und der [illegible] mit Befürchtungen, teils über die [illegible] Arbeiter [illegible] Auf der vorjährigen Kommission der Arbeiterschaft und der Sozialisten Japans, abgehalten in [illegible] vom 21. März 1923, wendet sich an das gesamte Weltproletariat um Unterstützung. Er teilt den Text des abgelehnten Gesetzes mit und behauptet, daß das beabsichtigte Gesetz im wesentlichen dieselben Unterdrückungsmaßnahmen enthält. Es soll sich vorerst nur gegen die anarchistischen und kommunistischen Elemente richten, aber auch gegen solche, die die soziale Ordnung durch Massenaktion oder durch ungesetzliches Vorgehen ändern möchten. Bei den bestehenden geheimen Gerichtsverfahren kann jedoch eine jede soziale Bewegung auf Grund dieses Gesetzes verfolgt und deren Führer und Teilnehmer mit Kerker bis zu zehn Jahren bestraft werden. Die japanische Arbeiterschaft setzt große Hoffnungen darauf, daß die Hilfe und Protestaktion des europäischen Proletariats imstande ist, die Pläne der japanischen Regierung zu vereiteln. Sie ist vielleicht nicht darüber unterrichtet, daß in einer großen Anzahl europäischer Länder in der letzten Zeit ähnliche Unterdrückungsgesetze eingeführt worden sind. In Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, ja sogar in der fortgeschrittenen Tschecho-Slowakei. Selbst in der „demokratischen" Schweiz konnte das Proletariat die Einführung eines Antistreikgesetzes im vorigen Jahre nur mit großer Mühe verhindern.

Eine Stimme der Vernunft aus Frankreich.

Der Generalrat des Departements Haute Vienne hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Resolution angenommen. Vor der Abstimmung entfernte sich der anwesende Präfekt. Die Entschließung geht davon aus, daß die schwere wirtschaftliche [illegible] Frankreichs nur durch eine auf den endgültigen Frieden und die vollkommene Abrüstung gerichtete Politik zu erzielen sei. Sie bedauert, daß die Regierung sich zu Handlungen habe hinreißen lassen, die die internationale Lage diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich komplizierten, und die die Erfüllung der berechtigten Reparationswünsche Frankreichs hinausschöben.

Weitere Zusammenstöße in Katernberg. Als gestern früh angebliche Arbeitslose, die meist aus Essen und Steelenberg [?] stammten, in Katernberg eindringen wollten, wurden sie von den angegriffenen Bewohnern daran gehindert. Einer der Arbeiter wurde, wie die „Rheinisch-Westfälische Volkszeitung" meldet, von seinen eigenen Leuten angeschossen, so daß er tot auf der Stelle liegen blieb.

Wegen Pflichterfüllung ins Gefängnis. Der Vorsitzende des früheren deutschen Ein- und Ausfuhramts in Ems, Regierungsrat Dr. Barrig [?], wurde vom französischen Kriegsgericht in Mainz wegen angeblicher Beihilfe zur Sabotage zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beamten des Amtes hatten am 9. Januar zahlreiche Schriftstücke verbrannt, um sie den französischen Besatzungsbehörden zu entziehen.

Entfernung der monarchistischen Embleme. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern und der Finanzminister an die Ortspolizeibehörden eine Verordnung erlassen, wonach die Ortspolizeibehörden in Fällen, in denen sie wegen vorschriftswidriger Nichtentfernung monarchistischer Hoheitszeichen im Geschäftsbereich anderer Behörden einzuschreiten beabsichtigen, sich zunächst mit dem örtlichen Vorstande dieser Behörde ins Benehmen setzen müssen. Bleibt dies ohne Erfolg, hat sich die Ortspolizeibehörde jeden Einschreitens zu enthalten und an den Minister des Innern zu berichten.

Gegen deutschvölkische Radaupolitik. Der „Staatsanzeiger für Württemberg" veröffentlicht eine Verordnung des Staatsministeriums betreffend außerordentliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Verordnung, die gegen jeden unnachsichtig angewandt werden soll, kündigt für den Besuch von bewaffneten Versammlungen, für die Sprengung nichtverbotener Versammlungen und für die Bildung von Sturmtrupps Gefängnisstrafen und hohe Geldstrafen an. Die bestehenden Verbände der genannten Art sind verboten worden.

Der Bürgerkrieg in China. Aus Kanton wird gemeldet: Die Truppen aus [illegible] sind geschlagen und flüchten nach allen Richtungen. Die Truppen von [illegible] haben die Verfolgung eingestellt und rücken jetzt in das Hauptquartier des Generals Tsang Kang Fung, eines der Hauptgegner Sunjatsens.

Die Flucht aus dem Deutschen Beamtenbund. Auf dem in Chemnitz stattgefundenen 9. Bundestag des Bundes Sächsischer Staatsbeamter gelangte mit Zweidrittelmehrheit eine Entschließung zur Annahme, die den Austritt des Bundes aus dem Deutschen Beamtenbund verficht und in der der Hauptvorstand beauftragt wird, sofort mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Verhandlungen zu treten. Im Falle eines befriedigenden Abschlusses der Verhandlungen soll der Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sofort vollzogen werden.

Aus aller Welt.

In drei Monaten 40 Millionen durchgebracht. In Goslar wurde, wie wir schon kurz mitteilten, der Banklehrling Herbert May verhaftet, der Mitte Januar in einer Berliner Privatbank 10 000 Dollar unterschlagen hatte und damit verschwunden war. Die Bank setzte auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung seiner Beute eine Belohnung von 3 Millionen Mark aus. Die Ermittelungen ergaben, daß der 17jährige Defraudant zunächst in Berlin und Umgegend den Lebemann gespielt hat. Er kleidete sich alsbald auf das feinste neu ein und suchte und fand in den Lokalen der Lebewelt die Bekanntschaft von „jungen Damen", mit denen er kostspielige Autofahrten und größere Ausflüge machte. Schließlich nahm man ihn in Goslar fest. Er besaß noch 8240 Dollar, hat also gegen 40 Millionen Mark in etwa 3 Monaten durchgebracht.

Großer Saccharinschmuggel in Oberschlesien. Der oberschlesischen Schupopolizei gelang bei Schomberg die Aufdeckung eines großen Saccharinschmuggels. In der Nacht entdeckte eine Streife des dortigen Kommandos eine Anzahl verdächtiger Gestalten, die teils über die Grenze flüchteten, teils in die Wohnung des Artisten Jonas nach Schomberg abzogen. Eine Durchsuchung des Hauses förderte erst zwei große Pakete mit Saccharin zutage, und eine spätere zweite Durchsuchung insgesamt 22 Pakete mit je 100 Schachteln, die von einer Magdeburger Firma stammen. Jonas und seine Frau wurden verhaftet.

Schätze auf dem Meeresgrunde. Nach Londoner Meldungen ist es dem Engländer Edgar Anderson, der von der griechischen Regierung das Recht erlangt hat, Nachforschungen auf dem Grunde der Bucht von Navarino vorzunehmen, gelungen, eine Gesellschaft zu bilden, die demnächst mit der Arbeit der Aufsuchung der Trümmer der in der denkwürdigen Seeschlacht von Navarino im Jahre 1827 in jener Bucht gesunkenen türkischen Schiffe beginnen wird, in denen man auf 10 Millionen Pfund Sterling veranschlagte Schätze vermutet. Allein die Bronzekanonen und das die Teile des Schiffes unter der Wasserlinie bedeckende Metall würde gegenwärtig einen Wert von etwa 300 000 Pfund Sterling haben. Die Kanonen sind ungefähr 1800 an Zahl, von einem Wert von 50 Pfund Sterling die Tonne. Die griechische Regierung wird ein Zehntel des Wertes der Holz- und Metallmaterialien und ein Fünftel des Wertes der gehobenen Kostbarkeiten und Münzen erhalten.

Ein großer Morphium-Prozeß in Paris. Eine der eigentümlichsten und verhängnisvollsten Erscheinungen der Nachkriegszeit, die epidemische Morphiumsucht, liegt einem Prozeß zu Grunde, der demnächst in Paris verhandelt werden und nicht weniger als acht Aerzte auf der Anklagebank vereinigen wird. Die ihnen vorgeworfenen Straftaten sind von dreierlei Art. Sie sollen ihren morphiumsüchtigen Kunden statt einer Verordnung ganze Bündel von Verordnungen, die auf erdichtete Namen gar nicht existierender Personen lauteten, ausgestellt haben. Ferner sollen sie diesen Kunden unter dem Vorgeben, daß zur Durchführung einer Entziehungskur zunächst besonders starke Dosen nötig seien, solche Dosen auf Wunsch verschafft haben, und drittens sollen sie Morphium in ganzen Stößen von Rezepten mit gefälschten Daten ausgeliefert haben, so daß die Kunden bisweilen auf ein volles Jahr hinaus mit dem geliebten Gift versehen waren. Sechs Apotheker werden ebenfalls auf der Anklagebank Platz nehmen müssen.

Die Schiebergeschäfte des Hofrates. Vor dem Landgericht in Dresden begann der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den Dresdener Produktenhändler Hofrat Rosenthal und gegen die Mitinhaber der von Rosenthal begründeten Wareneinkaufsgesellschaft Bötticher und Scheffler, der zugleich Verleger des in Dresden erscheinenden Salonblattes ist. Die Straftaten, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, liegen zweieinhalb bis drei Jahre zurück. Sie sollen in überaus zahlreichen Fällen mit Bohnen, Erbsen, Haferflocken, Haferschalen, Maismehl, Maiskleie und anderen Lebensmitteln Kettenhandel getrieben und übermäßige Gewinne erlangt haben. Ferner wird ihnen vorgeworfen, daß sie ohne Handelserlaubnis Handel getrieben haben. Auch ein Bestechungsversuch wird Rosenthal und Bötticher zur Last gelegt. Der erste Verhandlungstag wurde mit der Verlesung der vielen Straffälle ausgefüllt.

Vater von 250 Kindern. Den Ruhm, der Vater einer Rekordfamilie zu sein, darf für sich der Ex-König Kabarega von Bunnoro in Anspruch nehmen. Die schwarze Majestät wurde vor 25 Jahren aus ihrem Reiche am Ostufer des Albert-Sees in Uganda vertrieben. Die Engländer deportierten den König nach den Seychellen, weil er sich ihrem Vordringen widersetzte und angeblich eine Verschwörung gegen den britischen Gouverneur begünstigte. Aus der 250 Köpfe starken Kinderzahl seiner Majestät wurde der 40. Sohn mit der Thronfolge betraut.

Der Kraft-Mayr

Ein humoristischer Musikanten-Roman

von Ernst von Wolzogen

[illegible]

„O, wir kennen die ganze musikalische Welt Berlins!" rief Frau Burmeister fast herausfordernd. „Außerdem hat unser zukünftiger Schwiegersohn dem Meister erst heute nachmittag eine sehr gewichtige Visitenkarte abgegeben: die Partitur seiner neuesten symphonischen Dichtung."

„Ah!" rief Antonius Freund mit einem etwas sonderbaren Lächeln. „Das ist freilich ... Morgen abend ist übrigens großer Empfang bei Liszt. Der Hof ist da, eine Menge hervorragender Künstler und sonstige Berühmtheiten. Es dürfte ein ungemein interessantes Programm für die musikalischen Darbietungen geben. Der Böhme Smetana wird ein neues Klavierquartett vorspielen, ein hervorragender russischer Sänger wird sich hören lassen und dann — ja richtig! Daniela von Bülow kommt eigens von Bayreuth herüber, habe ich gehört. Sie wissen doch: die älteste Tochter von Frau Cosima."

„Da müssen wir hin!" rief die Konsulin erregt. „Um jeden Preis! Wir gehen noch einen Tag zu: nicht wahr, Willy?"

„Wir sind ja noch gar nicht einmal vorgestellt," wandte Herr Burmeister schüchtern ein.

„Ach was, wozu haben wir denn einen Schwiegersohn in spe!" lachte Frau Olga übermütig. „Nicht wahr, lieber Antonius, Sie führen uns doch?"

Antonius fuhr sich durch die Locken und schielte hilflos um sich. „Aber ich — ich weiß doch nicht ..."

„Na, [illegible] Sie sich doch an eine einflußreiche Persönlichkeit heran!" entschied Frau Burmeister [illegible]. „Wer hat denn hier bei Liszt am meisten zu sagen?"

Antonius Freund verzog höhnisch den Mund und antwortete: „Wenn [illegible] Ihr Herr Schwiegersohn die Ehre hätte, den berühmten Kraft-Mayr zu kennen, dann dürften Sie [illegible] meine Herrlichkeiten!"

„Wer ist denn Kraft-Mayr?" fragte Frau Olga, die frischen [illegible]

„Sie kennen den berühmten Mayr in Berlin noch nicht?" [illegible] Damen die Treppe hinunter und spielt den [illegible] vom Allerheiligsten. Dem guten [illegible] alles, was ihm beliebt, dieser berühmte Herr Mayr [illegible] Kraft-Mayr."

Danziger Nachrichten.

Der Volkstag

erledigte gestern seine Tagesordnung in knapp dreiviertelstündiger Sitzung. Eine Erklärung des Abg. **Jacoby**, die sich gegen den deutschnationalen Dyck richtete, bildete den Auftakt. Letzterer hatte sich über einen jüdischen Kriegsteilnehmer abfällig geäußert, was den Abg. Jacoby zu der Feststellung veranlaßte, daß Dyck, obwohl kriegsverwendungsfähig, beim Proviantamt Marienburg heldenmütig für das Vaterland gekämpft habe. Dyck (eine kraftstrotzende Statur) behauptet, alle seine Versuche, an die Front zu kommen, seien vergeblich gewesen. Andern ist es umgekehrt ergangen, sie sind trotz aller Bemühungen an die Front gekommen. Der Abg. Dyck hatte dann in der letzten Volkstagssitzung erneut Angriffe gegen den Abg. Jacoby gerichtet, die dieser gestern entschieden zurückwies.

Dann schritt das Haus zur Beratung der eigentlichen Tagesordnung, die fast ohne Aussprache erledigt wurde. Der Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung der Gerichte ging an den Rechtsausschuß, der Gesetzentwurf betr. Erhöhung der standesamtlichen Gebühren an den Hauptausschuß. Ueber die Bildung der

Stadtbürgerschaft

sollte gestern in 2. Lesung verhandelt werden. Von der Deutschnationalen Fraktion ist eine Entschließung vorgelegt worden, deren Ziel die Beibehaltung der Danziger Stadtverordnetenversammlung ist. Auf Antrag des Abg. Plettner beschloß das Haus, den Gesetzentwurf und die Entschließung noch einmal an den Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten zurückgehen zu lassen.

Das vorläufige Haushaltsgesetz für 1923 wurde in 3. Lesung angenommen. Der dritten Beratung des Gewerbesteuergesetzes wurde aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen widersprochen. Alsdann wurde in der Abstimmung über das

Zuckergesetz

fortgefahren. Der sozialdemokratische Antrag, den Preis für den Markenzucker auf 50 Prozent des Weltmarktpreises festzusetzen, wurde abgelehnt, worauf der Rest der Gesetzesvorlage einstimmig abgelehnt wurde. Zu der Entschließung der Deutschnationalen, die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft fordert, erklärte der deutschparteiliche Abg. Hennke, daß seine Fraktion sich für die Zukunft nicht festlegen könne und deshalb die Entschließung ablehnen werde.

Abg. Gen. Spill wies auf die schlechten Erfahrungen hin, die man bisher mit der Freigabe der einzelnen Lebensmittel gemacht habe. Die Interessenten hätten stets erklärt, eine freie Wirtschaft werde billigere Preise zur Folge haben, in Wirklichkeit seien die Preise stets sprunghaft in die Höhe geschnellt. Würde auch der Zucker freigegeben, seien große Teile der Bevölkerung nicht in der Lage ihn zu bezahlen. Das würde eine Schwächung der Volksgesundheit und den Tod vieler Säuglinge bedeuten. Die sozialdemokratische Fraktion werde deshalb die deutschnationale Entschließung ablehnen. Die namentliche Abstimmung ergab die Ablehnung der Entschließung mit 35 gegen 24 Stimmen und einer Stimmenthaltung. Das Grunderwerbssteuernotgesetz wurde ohne Debatte in 3. Lesung verabschiedet. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Regelung der Dienstverhältnisse der Polizeibeamten ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die nächste Volkstagssitzung findet am Mittwoch kommender Woche statt.

Die Pleite im Staatssäckel. — Neue Steuern.

Fehlende Mittel für die Rentenerhöhung.

Anläßlich der Bekanntgabe einiger vom Senat vor einiger Zeit erlassenen Verordnungen im Ausschuß für soziale Angelegenheiten des Danziger Volkstags fragte Abg. Gen. Gebauer an, wann die Erhöhung der Unterstützungen für Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung, wie sie in Deutschland durch den Reichstag beschlossen worden sei, auch in Danzig eintreten wird. In Deutschland ist mit rückwirkender Kraft vom 1. März d. Js. das Gesetz über Notstandsmaßnahmen für Rentenempfänger dahin abgeändert, daß der Unterstützungssatz von 10 000 Mark auf 40 000 Mark monatlich erhöht wird. Da ein Senatsvertreter, welcher diese Frage beantworten konnte, nicht anwesend war, mußte ein solcher erst herbeigeholt werden. Hierauf erschien Regierungsrat Dr. Hammer, welcher erklärte, dem Senat sei dieses Gesetz erst am 11. d. Mts. zur Kenntnis gelangt, doch habe dieser in seiner Sitzung vom 20. April dazu Stellung genommen. Der Senat sei der Ansicht gewesen, daß diese erhöhten Unterstützungen auch in Danzig gezahlt werden; nur könne er dies nicht sofort tun, denn es sei kein Geld da. Die Mehrausgaben für diese Erhöhung der Unterstützung betrügen jährlich ca. 2 Milliarden Mark, die nicht flüssig wären. Der Senat habe beschlossen, zur Beschaffung dieser Geldmittel in den nächsten Tagen neue Steuergesetzentwürfe dem Volkstag vorzulegen. — Der Senat hätte nur dem fortwährenden Drängen der Sozialdemokratie auf schärfere Erfassung der Einkommen der Selbsteinschätzer und des Besitzes nachkommen sollen, dann würde er den Invaliden auch die geringfügige Erhöhung ihrer Renten sofort zahlen können.

Gleitende Abgaben und Steuern.

Der Senat hatte vor einiger Zeit dem Volkstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem der Senat die Ermächtigung zur vorübergehenden Aenderung von Steuergesetzen forderte. Wenn diese Forderung sind im Volkstage von allen Seiten fast einstimmig so schwere Bedenken geltend gemacht worden, daß der Senat sich entschlossen hat, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen. Ein neuer Gesetzentwurf des Senats will nun grundsätzlich die Zulässigkeit von Steuergesetzen und Steuerordnungen anerkennen, in denen die Erhebung von Abgaben auf gleitender Grundlage die Rede ist.

§ 1 des neuen Gesetzentwurfes bestimmt: Gebühren, Beiträge, Stempel und Verkehrssteuern, indirekte Steuern im Sinne des § 13 des Kommunalabgabengesetzes, sowie Verbrauchsabgaben, soweit sie bisher nicht in Prozenten vom Wert des abgabenpflichtigen Objektes, sondern nach festen Sätzen zu berechnen sind, können vom Staate, von Gemeinden und Gemeindeverbänden, wenn dies in den in Frage kommenden Gesetzen, Verordnungen usw. ausdrücklich vorgesehen ist, in der Weise erhoben werden, daß die Höhe der Abgaben unter Anpassung an das nach §§ 2, 3 festzustellende Verhältnis des jeweiligen Wertes der Reichsmark (Papiermark) zu den Werten der Goldmark veränderlich gestaltet wird.

§ 2 lautet: Bei der Feststellung des Verhältnisses des jeweiligen Wertes der Papiermark zum Werte der Goldmark sind neben den amtlichen Devisennotierungen und dem Goldankaufspreise der Reichsbank auch die innere Kaufkraft der Papiermark, gemessen an der Höhe der statistischen Indexziffer für den Groß- und Kleinhandel, sowie die Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen.

Im § 3 heißt es: Das Verhältnis zwischen Papier- und Goldmark ist vom Senat für jeden Monat neu festzustellen. In Zeiten, in denen das Wertverhältnis starken Schwankungen unterworfen ist, kann die Feststellung auch für einen kürzeren Zeitraum bis zu einer Woche getroffen werden. Sobald der Finanzrat gebildet ist, ist er vor der Neufestsetzung des Wertverhältnisses anzuhören. Neufestsetzungen sind mindestens 3 Tage vor ihrem Inkrafttreten öffentlich bekanntzumachen.

Das Gesetz soll mit seiner Verkündigung in Kraft treten.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird ausgeführt, daß die Entwertung der Mark es unmöglich mache, die Vorschriften über Erhebung von öffentlichen Abgaben so schnell zu ändern, wie dies notwendig sei, um den Bedürfnissen von Staat und Gemeinden gerecht zu werden. Sämtliche Steuergesetze sollen von dieser Regelung nicht betroffen werden, jedoch sollen Stempel- und Verkehrssteuern, Verbrauchsabgaben, Landes- und Reichsstempelsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Bier-, Branntwein- und Mineralwassersteuergesetz darunter fallen. Für die Gemeinden sei die gleitende Form der Abgabenerhebung die gegebene, da die Beschlußfassung durch die Gemeindeorgane und Aufsichtsorgane in den meisten Fällen sehr lange Zeit in Anspruch nehmen.

Aus dem Volkstag.

Auf eine kleine Anfrage erklärt der Senat: „Es sind uns bereits mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Lehrerinnen mit Danziger Staatsangehörigkeit die Unterrichts-Erlaubnis von den polnischen Schulbehörden verweigert worden ist. Die Fälle werden verfolgt und zum Gegenstand von Verhandlungen mit der hiesigen diplomatischen Vertretung der Republik Polen gemacht. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen."

*

Der Rechtsausschuß hat sich mit dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft alkoholgegnerischer Vereine im Freistaat Danzig auf Einschaltung einer Nr. 3 des § 33 der Gewerbeordnung des Inhalts, daß durch Abstimmung in einzelnen Gemeinden ein Alkoholverbot eingeführt werden könne, in langer Beratung beschäftigt und beschlossen, die Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Vortragsabend Paul Enderling.

In der am Freitag, den 27., abends 7 Uhr in der Aula des städtischen Gymnasiums am Winterplatz stattfindenden Abendfeier des Arbeiter-Bildungsausschusses wird Paul Enderling folgende Auswahl aus seinen Werken zum Vortrag bringen: Landknechtsgesänge aus dem Bauernkrieg, Meister Doria (historische Novelle), aus dem Kellner-Roman „Die Umwege des schönen Karl". Dazwischen Gedichte und Balladen. Das Eintrittsgeld beträgt nur 200 Mark, und ist dadurch jeder in den Stand gesetzt, die Veranstaltung zu besuchen. Da der Abend den Besuchern nicht nur die persönliche Bekanntschaft des anerkannten Dichters vermitteln wird, sondern auch wertvolle literarische Genüsse verspricht, so empfehlen wir noch einmal den vollzähligen Besuch der Veranstaltung.

30 Millionen Mark Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung.

Der Juwelier Richter in Firma Danziger, Langgasse, wurde heute morgen vom Schöffengericht wegen Hinterziehung von Luxus- und Umsatzsteuer in den Jahren 1919 bis 1922 zu einer Geldstrafe von rund 30 Millionen Mark und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Im Nichtbeitreibungsfalle tritt an Stelle von je 15 000 Mark ein Tag Gefängnis bis zu einem Höchstbetrage von 1 Jahr Gefängnis. Die hinterzogene Steuer betrug etwa 1½ Millionen Mark. In der vorigen Verhandlung, vor dem Schöffengericht, die vertagt wurde, beantragte der Amtsanwalt das 10fache der hinterzogenen Summe als Strafe, in der heutigen Verhandlung das 20fache. Das Gericht erkannte nach dem Antrage des Amtsanwalts.

Lebemann und Spekulant.

Der Bankangestellte Willi G. unterschlug gegen Ende des Jahres 1921 und zu Beginn des darauf folgenden Jahres 8 Schecks im Gesamtwerte von etwa einer Million Mark, die ihm zur Einlösung von Kunden des Bankinstituts, bei dem er angestellt war, und zur Deckung schuldiger Beträge übergeben waren, um seiner Neigung als Lebemann nachgehen zu können. Als G. merkte, daß die Sache entdeckt worden war, hatte er sich aus dem Staube gemacht und hielt sich längere Zeit in Berlin auf, wo er schließlich ermittelt und dann später nach dem Freistaat ausgeliefert wurde.

Der Bruder Leichtfuß hatte sich jetzt wegen Unterschlagung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er behauptete, daß er damals von dem allgemeinen Spekulationsfieber ergriffen worden sei und dabei zuerst recht gut verdient habe. Später habe ihn das Glück verlassen, und um erlittene Verluste auszugleichen, habe er sich zur Unterschlagung der Schecks verleiten lassen. Die Verhandlung gegen ihn ergab, daß er einen leichtsinnigen Lebenswandel geführt habe und in Nachtlokalen verkehrte. Ein Teil der unterschlagenen Geldsumme ist später durch die Eltern und Verwandten des Angeklagten gedeckt worden. Durch den Leichtsinn des Angeklagten ist der Bank immerhin noch ein Schaden von über 450 000 Mark entstanden. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Aus der Untersuchungshaft entlassen wurde der Hilfsarbeiter Bartsch, der unter dem Verdacht der Mittäterschaft des Kindesmordes auf Langgarten vor etwa 14 Tagen verhaftet worden war.

Der Beginn der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhähne ist auf den 18. Mai 1923 und der Schluß der Schonzeit für Rehböcke auf den 15. Mai 1923 festgesetzt worden.

Als gestohlen angehalten sind einige Plätteisen, Bierkasten, Bolzen mit Muttern, mehrere Pakete Nägel, Schlüssel verschiedener Art und einige Rollen graues Packpapier. Interessenten können sich in der Wiebenkaserne, Gewerbekommissariat, melden. Ferner sind vier Fuchsfelle und sechs Iltisfelle als gestohlen angehalten. Diese Sachen sind im Polizei-Präsidium, Zimmer 20, zu besichtigen.

Deutschvölkischer Schwatz.

Die Deutschnationalen glauben bei dem politisch denkfaulen Teil der Bevölkerung damit Geschäfte machen zu können, daß sie die Sozialdemokratie als Judenpartei bezeichnen. Entsprechend ihrem Programm bekämpft die Sozialdemokratische Partei alle Unterdrückungen, mögen sie sich richten gegen eine Klasse, Rasse oder einen bestimmten Glauben. Sie verlangt volle Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit für alle Staatsbürger. Darum verurteilt die Sozialdemokratische Partei auch die blöde antisemitische Hetze der nationalistischen Parteien. Sie bekämpft diese unverantwortliche Verketzerung eines bestimmten Volksteils um so mehr, als die Bevölkerung damit hauptsächlich von den Sünden und der Auswucherungspolitik der Deutschnationalen abgelenkt werden soll. Darum auch die antisemitische Hetze gegen die Sozialdemokratie, weil sie die „christliche" Ausbeutung genau so bekämpft wie die jüdische. Welche geradezu lächerlichen Mittel dabei angewandt werden, hat sich dieser Tage recht drastisch gezeigt. Das antisemitische Paradepferd der Deutschnationalen, der schon etwas sehr alte Professor Matthaei, hatte in einer Rede in einer deutschnationalen Mitgliederversammlung in Langfuhr nach einem Bericht folgende Anekdote aufgetischt: „Als ich kürzlich im Volkstage in einer Rede die Zusammenhänge zwischen Judentum und Sozialdemokratie aufdeckte, sagte mir am nächsten Tage Herr Jewelowski: Mit Ihrer Rede haben Sie den Sozialdemokraten Wasser auf die Mühlen gegossen. Auf meine Frage: wieso? antwortete mir Herr Jewelowski, der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Gehl habe ihm erklärt: „Jetzt sind wir fein heraus, nach der Rede des Abg. Matthaei fließt das Geld von Juden wieder reicher." Diese Ausführungen entsprechen, wie jetzt selbst die deutschnationale „Allgemeine Zeitung" auf Grund einer Berichtigung des Gen. Gehl zugeben muß, in keiner Weise den Tatsachen. Gen. Gehl hat eine derartige oder ähnliche Aeußerung nie getan. Professor Matthaei klammert sich zwar nun an Jewelowski, der „etwas zu stark aufgetragen habe", aber dieser echt deutschvölkische Zurückzieher macht den Schwindel nur noch erbärmlicher. Die antisemitischen Helden haben sich ja nie durch besondere Geistesgaben ausgezeichnet, derartige Waschfrauenmethoden zeigen aber am besten, was von der antisemitischen Bewegung zu halten ist. Sie ist ein Dummenfang plumpster Art, nur darauf berechnet, die Arbeiterschaft ins reaktionäre Fahrwasser zu locken.

„Der Beitrag zu hoch?"

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!" —
so hört man diesen oder jenen sagen.
Wer dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht,
er will gewinnen, ohne was zu wagen.
Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid,
der nicht als Gold in seinen Schuappsack gleitet,
doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit,
was der Verband ihm mühevoll erstreitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!" —
Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet.
Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht,
Dann kommt die Zeit, wenn wiederum wie einst
die Willkür wird ob deiner Ohnmacht höhnen.
Dann lacht der Büttel, wenn du klagst und weinst,
Dann wird er noch ans Kuchen dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!" —
Kann man mit Männern, die dies Wort betreuen
Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht,
Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen?
Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht
sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen.
Drum gilt es Freund, im täglichen Gefecht
das Schwert der Tat mit Opfersinn zu wetzen. F. L.

Der Kreistag des Kreises Danziger Höhe beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung erneut mit der Volksbank und der Kreissparkasse. Bei der letzten Sitzung führte diese Angelegenheit zur Beschlußunfähigkeit. Der Kreisausschuß hat sich inzwischen für eine grundsätzliche Umwandlung der Volksbank in eine öffentlich-rechtliche Bankanstalt entschieden. Eventuell soll sämtlichen Gesellschaftern gekündigt werden und der Kreis an deren Stelle treten. Der Vorschlag wurde nach längerer Aussprache angenommen. Bei der Beschlußfassung über den Antrag des Kreissparkassendirektors Riedel auf Versetzung in den Ruhestand kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Antrag wurde schließlich mit 26 gegen 15 Stimmen der Linken angenommen.

Unterkahlbude. Die Brücke am Neubauerschen Gasthause ist wegen Reparaturbedürftigkeit bis auf weiteres gesperrt.

Polizeibericht vom 26. April 1923. Festgenommen 21 Personen darunter 3 wegen Diebstahls, 3 wegen Hehlerei, 1 wegen Bettelns, 14 in Polizeihaft.

Standesamt vom 26. April 1923.

Todesfälle. Unverehelichte Margarete Baumann, 57 J. 2 Mon. — Frau Gertrud Mulchner geb. Lietz, 29 J. 5 Mon. — Arbeiter Johann Lietz, 20 J. 5 Mon. — Winzer Gustav Siebert, 61 J. 9 Mon. — Witwe Renate Wölm geb. Neu, vorher verw. Degen, 57 J. 5 Mon.

Devisenkurse.

(Feststellung um 12 Uhr mittags.)

	26. April	25. April
1 Dollar	29 000.—	31 000.—
1 polnische Mark	0.64	0.70
1 Pfund Sterling	134 000.—	144 000.—
1 holländischer Gulden	11 600.—	1 213.—
1 norwegische Krone	5 250.—	5 500.—
1 dänische Krone	5 400.—	5 800.—
1 schwedische Krone	8 000.—	8 290.—
1 Schweizer Frank	5 400.—	5 650.—

Amtliche Devisennotierungen vom 26. April 1923.

Dollar: Geld 29 750,03, Brief 29 909,97; polnische Mark: Geld 66,83, Brief 67,17; englisches Pfund: Geld 137 495,82, Brief 138 094,32.

Wasserstandsnachrichten am 26. April 1923.

	24. 4.	25. 4.			
Zawichost	+ 1,69	+ 1,83	Kurzebrack	+ 2,64	+ 2,42
	24. 4.	25. 4.	Montauerspitze	+ 2,38	+ 2,20
Warschau	+ 2,14	+ 1,95	Piekel	+ 2,36	+ 2,33
	23. 4.	24. 4.	Dirschau	+ 2,60	+ 2,60
Plock	+ 1,83	+ 1,81	Einlage	+ 2,50	+ 2,42
	25. 4.	26. 4.	Schiewenhorst	+ 2,48	+ 2,42
Thorn	+ 2,23	+ 2,08	Pegel:		
Fordon	+ 2,20	+ 2,10	Schönau O. P.	+ 6,70	+ 6,70
Culmsee	+ 2,17	+ 2,10	Galgenberg O. P.	+ 4,59	+ 4,60
Graudenz	+ 2,36	+ 2,31	Neuhorsterbusch	+ 2,00	+ 2,00
			Anwachs	+ 0,64	+ 0,70

Stets die neuesten Modeschöpfungen

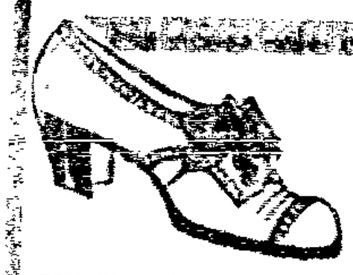
in **Damen-, Backfisch- und Kinderbekleidung**

in großer und reichhaltiger Auswahl vorrätig

Max Fleischer Nachfolger

Gr. Wollwebergasse 9/10 — Gr. Wollwebergasse 9/10

Werner



Elegant
Solid
Billig

DANZIG: Gr. Wollwebergasse 2-3, Langgasse 10
Langfuhr: Hauptstraße 177, Zoppot: Seestraße 37

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! — Ohne Gewähr!

Photo-Haus
Schilling & Co. G.m.b.H.
Dominikswall 6 DANZIG Holzmarkt 12/14
Kameras · Objektive · Photo-Papiere
Platten · Filme
Erstklassige Fabrikate!

Strumpfhaus Gerson
Heiligegeistgasse 135
Das führende Spezialhaus im Freistaat!

Victor Lietzau A.G.
Danzig, Langgasse 38
Optik : Feinmechanik : Elektrotechnik

Elegante Herrenbekleidung
fertig und nach Maß
W. Riese
Breitgasse Nr. 127. — Telephon Nr. 3654

Spezialhaus für Damen- u. Kinderbekleidung
L. Murzynski
INHABER: WILHELM TROSCHKE
Gr. Wollwebergasse 8-6 — Telephon Nr. 1602

Sonderkataloge
Neu erschienen:
Hochbau und Architektur
Bitte kostenlos zu verlangen
BUCHHANDLUNG
John & Rosenberg · Danzig
Kohlenmarkt 13.

L. Cuttner, Möbelfabrik, Danzig

Danziger Fernverkehr

Danzig–Konitz–Berlin und zurück

D 848 ab Danzig an D 908
1112 ab Konitz ab 548
an Charlottenburg ab 1027

Danzig–Stettin–Berlin und zurück.

D 848, 7[illegible], D 1114, 3[illegible] ab Danzig an D 1222, 19[illegible], D 8[illegible], 1128
2[illegible], 1038, 7[illegible], 5[illegible] ab Stettin ab 5[illegible], 1222, 1013, 1059
4[illegible], 1[illegible], 6[illegible], 8[illegible] an Berlin ab 3[illegible], 1042, 8[illegible], 6[illegible]
St. Bhf.

Danzig–Marienburg–Königsberg und zurück.

3[illegible], 5[illegible], D 10[illegible], 1[illegible], D 1[illegible], 72[illegible] ab Danzig an 10[illegible], D 11[illegible], 3[illegible], 7[illegible], 9[illegible], 12
5[illegible], 9[illegible], 6[illegible], 1[illegible], 7[illegible], 1[illegible] ab Marienburg ab 9[illegible], 12[illegible], 13[illegible], 4[illegible], 7[illegible], 11[illegible], 11[illegible], 11[illegible]
1[illegible], 1[illegible], 5[illegible], 10[illegible], 10[illegible] — an Königsberg ab —, 7[illegible], 9[illegible], 12[illegible], 2[illegible], 6[illegible], D 7[illegible], D 9[illegible]

Johs. Czerwinski
Danzig, Gr. Wollwebergasse 18
Telephon 3382

Damen- und Herren-Moden
Sport- und Pelz-Bekleidung

Pianoforte-Fabrik
O. Heinrichsdorff
76 Poggenpfuhl 76
Flügel :: Pianos :: Reparaturen

Modellhaus Nothhaft
Stets neueste Pariser und Wiener Modelle

Ertmann & Perlewitz
Holzmarkt 25—26
Sämtliche Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Manufakturwaren
Möbelstoffe :: Gardinen :: Teppiche :: Eiserne Bettgestelle
BERUFSKLEIDUNG
Elektrisch betriebene Wäschefabrik

Kunstmöbelfabrik HANSA
Telephon Nr. 1995
Danzig, Langgarten Nr. 101

Otto Kraftmeier
Langgasse Nr. 59
Wäsche und Trikotagen
in jeder Ausführung

Potrykus & Fuchs
DANZIG
Inh. Christian Petersen — Jopengasse Nr. 69
Schmiedegasse Nr. 34 · Heiligegeistgasse Nr. 14-15
Fernsprecher 1776 — Fernsprecher 1776
SPEZIAL-HAUS
für Manufakturwaren, Leinen, Wäsche, Konfektion

Berliner Hut-Industrie
Inhaber: Albert Rosenbaum
HOLZMARKT
Elegante Damenhüte in jeder Preislage

Möbelfabrik „Merkur"
Gr. Damm 2 DANZIG Telephon 3651
Kompl. Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel

Damen-Konfektion
Mäntel · Kleider · Röcke · Blusen
Strumpfwaren · Trikotagen
Handschuhe
Wäsche :: Schürzen
aus nur guten Qualitäten noch zu billigen Preisen finden Sie im
Berliner Kaufhaus
Inh.: Victor Gohn
DANZIG, Fleischergasse Nr. 55

Louis Israelski · Danzig
Breitgasse 125-126
Junkergasse 10-11
Leinen-Damast · Bettwäsche · Weiße Damen- und Kinderwäsche
Anfertigung nach Maß
Telephon 3422

Danziger Senator
Kölner Lion

Kunstgroßfärberei Bernhard [illegible]
Tabakfabrik „Zum Feldschlößchen"

A. Fürstenberg Wtw. Langgasse 19
Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baumwollwaren
Damen- und Herren-Konfektion
Grosse Auswahl — Billige Preise

Dampffärberei u. chem. Waschanstalt
Georg Austen
Altstädtischer Graben 48—49
Reinigung und Färben sämtlicher Herren- und Damen-Garderobe usw. Portschriftes Kaufmann

Danziger Nachrichten.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei
Bezirk Danzig-Stadt
Bezirksversammlungen

Donnerstag, den 26. April, abends 7 Uhr:

8. Bezirk (Niederstadt), im Jugendheim, Reiterkaserne.
9. Bezirk (Rechtstadt) im Gymnasium am Winterplatz.
11. Bezirk (Heubude) bei Schönwiese, Heidseestraße.
18. Bezirk (Laucnthal) im Laucntaler Hof.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Weltpolitik und Sozialdemokratie.
2. Bezirksangelegenheiten.

Redner: Abg. Fischer, Grünhagen, Spill, Neck, Mau, Dr. Müller, Leu und Gen. Weber.

Genossinnen und Genossen! Erscheint vollzählig zu diesen Versammlungen.

Der Landesvorstand.

Mietsbeihilfen an bedürftige Personen.

Mietssteigerungen machen vor hilfsbedürftigen Personen nicht halt. Der Hausbesitzer kann von jedem Mieter die erhöhte Miete verlangen, selbst wenn dieser nicht in der Lage ist, diesen Betrag zu bezahlen. Durch die letzte Verordnung des Senats, nach welcher der Hausbesitzer berechtigt ist, den 120fachen Betrag der Friedensmiete zu verlangen, ist ein großer Teil der Bevölkerung in eine sehr bedrängte Lage geraten. Die vielen Invaliden- und Kriegsrentenempfänger, welche auf ihre Rentenbezüge angewiesen sind, können natürlich die jetzt monatlich mehrere tausend Mark betragende Miete nicht aufbringen. Was soll auch der Empfänger einer Invalidenrente von 10 000 Mark im Monat April anfangen — denn die Zahlung der zu erwartenden höheren Bezüge wird vor dem Monat Juni nicht erfolgen —, soll dieser Rentenempfänger von diesem Betrag auch die jetzt nicht unwesentliche Miete bezahlen? Die Folge der Senatsverordnung wird sein, daß eine große Zahl von Mietern nicht zahlen kann und Räumungsklagen in großem Umfange zu erwarten sind. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß das Wohnungsamt diese bedauernswerten Leute in Notwohnungen steckt.

In Kreisen der Rentenempfänger hat nun eine berechtigte Erbitterung Platz gegriffen. Die sozialdemokratische Partei war sich dieser Notlage der Rentenempfänger und anderer hilfloser Personen bewußt und beabsichtigte, bei der Beratung des Etats des Wohlfahrtsamtes in der Stadtverordnetenversammlung entsprechende Anträge auf Leistung von Mietsbeihilfen durch das Wohlfahrtsamt zu stellen. Die Fraktion der Partei für Fortschritt und Wirtschaft hat nun einen Antrag bereits eingebracht, in welchem der Senat aufgefordert wird Mittel zur Gewährung von Mietsbeihilfen an bedürftige Personen bereitzustellen. Mit diesem Antrag ist den Bedürftigen nicht geholfen. Er entspringt lediglich agitatorischen Absichten. Den Antragstellern kommt es nur darauf an, in der Oeffentlichkeit als sozialdenkende Personen zu erscheinen, ganz gleich ist es ihnen, ob auch den Bedürftigen damit wirklich geholfen wird. Wer die Taktik des Danziger Wohlfahrtsamtes kennt, weiß, daß dieses bei einem solchen Antrag nicht besondere Anstrengungen machen wird. Um aber den Bedürftigen wirklich zu helfen, hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgenden Zusatzantrag zum Antrag der Deutschen Partei gestellt:

„Die Mietsbeihilfe soll 75 Prozent der 120fachen Friedensmiete betragen und muß auf Antrag gewährt werden, wenn ein Einkommen von nicht über 60 000 Mark bei einer Einzelperson und von 90 000 Mark bei einem Ehepaar im Monat April 1923 vorhanden ist. Diese Einkommensgrenze erhöht sich um 30 000 Mark für jedes unterhaltsberechtigte Kind."

Es wird sich nun zeigen, ob die bürgerlichen Parteien wirklich den Bedürftigen helfen wollen oder nur Roßtäuscherpolitik treiben wollen.

Der berechtigte Unwille der Kleinrentner

über die Handhabung des Kleinrentnergesetzes durch das Wohlfahrtsamt hat dazu geführt, daß der sogenannte Verpflichtungsschein jetzt etwas geändert worden ist. Er hat jetzt folgenden Wortlaut:

„Ich erkenne an, daß die laufenden Unterstützungen, die mir vom Wohlfahrtsamt gewährt werden, als vorschußweise gegeben zu gelten haben derart, daß ich verbunden bin, die gezahlten Beträge zurückzuerstatten, sobald ich nach meinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen dazu in der Lage bin. Soweit dieses bis zu meinem Tode nicht geschehen ist, räume ich der Stadtgemeinde Danzig das Recht ein, sich wegen der mir bereits in den letzten 12 Monaten gewährten oder noch zu gewährenden Unterstützungen bei meinem Tode aus meinem nach Abzug der letzten Krankheits- und Begräbniskosten verbleibenden Nachlaß zu befriedigen. Von diesem Rechte soll die Stadtgemeinde jedoch solange keinen Gebrauch machen dürfen, als die Sachen von meinen im selben Haushalt mit mir lebenden hilfsbedürftigen Angehörigen für ihren eigenen Bedarf gebraucht werden. Die frühere Inanspruchnahme unterhaltungspflichtiger Angehöriger soll hierdurch nicht ausgeschlossen sein."

Der Verpflichtungsschein ist nicht erforderlich, wenn der Antragsteller über Vermögen oder Einrichtungsgegenstände von erheblichem Wert nicht verfügt. Wünsche der Antragsteller dahingehend, daß nur bestimmte Gegenstände der Stadt als Sicherung dienen, sollen vom Wohlfahrtsamt berücksichtigt werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die sich aus der Durchführung des Kleinrentnergesetzes ergeben, ist ein besonderer Ausschuß gebildet worden.

Die Annahme von Paketen nach Schalterschluß findet nicht mehr beim Postamt 1 (Langgasse), sondern nur noch bei dem Postamt Danzig V (Bahnhof) statt, weil die Weiterbeförderung der eiligen Pakete von hier aus meistens schneller als von Postamt 1 erfolgen kann.

Die deutsche Beamtenfürsorgestelle verlegt am 27. und 28. April ihre Diensträume von Neugarten 11 und 12 nach der Artilleriekaserne in der Sandgasse. Aus diesem Anlaß ist die Fürsorgestelle und Kasse bis einschl. 2. Mai geschlossen. Die Sprechtage bleiben wie bisher an jedem Montag und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr.

Der Verein der Ruhestandsbeamten der Stadt Danzig hielt am 24. April in der Mädchenschule in Langfuhr seine Vierteljahrsversammlung ab. Der Vorsitzende Professor Evers gab einen Ueberblick über die Arbeit des verflossenen Jahres. Als wesentlichen Erfolg bezeichnete er, daß die Gehaltserhöhungen der Beamten im Ruhestande jetzt fast gleichzeitig mit denen der aktiven Beamten erteilt würden, sowie daß die Witwenbezüge von vier Zehntel auf sechs Zehntel des Einkommens des Mannes erhöht worden seien. Er berichtete, daß den Beamten ein außerordentliches Monatsgehalt bewilligt ist. Er bedauerte ferner, daß die Ruhestandsbeamten von den Vorteilen der unlängst errichteten Beamten-Krankenkasse ausgeschlossen seien und regte die Entsendung einer Bittschrift an den Senat an, die dem abhelfen soll. Endlich gab er bekannt, daß das seit Jahren versprochene Beamten-Pensionsgesetz nun wirklich am 1. Mai dem Senat vorgelegt werden solle. Es wurde ferner beschlossen, die Tätigkeit des Vereins auf den Freistaat auszudehnen. Eine Sammlung zur Ruhrspende ergab über 30 000 Mark.

Am 1. Mai

demonstriert die Arbeiterschaft der ganzen Welt

für den Weltfrieden
gegen militärische Machtpolitik
für den sozialen Fortschritt
gegen die profitkapitalistische Ausbeutung.

Auch die Danziger Arbeiterschaft muß ihrem Willen auf gründliche Aenderung der jetzigen Verhältnisse machtvoll Ausdruck verleihen und zwar durch

vollständige Arbeitsruhe.

Die Wahl des Finanzrates.

Am Mittwoch nächster Woche wird der Volkstag die Wahl von drei Mitgliedern zum Finanzrat vornehmen. Es sind in Vorschlag gebracht worden: Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Gen. Knauer, Werftbesitzer Willi Klawitter, Bankdirektor Dr. Damme. Nachdem der Volkstag die Wahl vollzogen hat, werden die Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage die von ihnen zu stellenden Vertreter im Finanzrat wählen. Die Vertreter des Senats werden zuletzt gewählt.

Ausgabe von 500 Markstücken. Die Vorbereitungen für Herausgabe eines 500-Markstückes sollen soweit gediehen sein, daß in der nächsten Vollsitzung des Reichsrats darüber Bericht erstattet werden wird. Das 500-Markstück wird aus Aluminium sein und die Größe der sogenannten Verfassungstaler haben. Zunächst ist die Ausprägung von 180 Millionen Stück beabsichtigt. Pro Kopf der deutschen Bevölkerung also nur 3 Stück. Man wird daher im Verkehr auch diese Münzen kaum zu Gesicht bekommen, zumal die Sammler und die Spekulation sich ihrer bemächtigen werden.

Roheiten in der Trunkenheit. Der wegen Roheitsdelikte mehrfach vorbestrafte Hafenarbeiter Gustav Adam Meyer hatte sich vor dem Schöffengericht erneut wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Ein Klempnermeister kam in der Weidengasse aus einem Lokal, als ihm ein unbekannter Mann entgegentrat, der ihm mehrere heftige Faustschläge in das Gesicht versetzte. Der Klempnermeister behielt seine Ruhe und sagte zu dem Fremden, er möge ihn doch ruhig nach Hause gehen lassen. Darüber geriet der andere offenbar noch mehr in Wut, er griff in die Tasche, zog ein Messer und stach damit dem Klempnermeister mehrmals in das Gesicht. Zeugen wollen in dem Angeklagten den Täter mit Bestimmtheit wiedererkennen. Vor Gericht wollte M. von dem ganz en Vorfall nichts wissen. Der Gerichtshof gelangte jedoch auf Grund der Zeugenaussagen sowie der aus ähnlichen Gründen über M. bereits verhängten Vorstrafen zu der Ansicht, daß er der Täter gewesen ist, und verurteilte ihn unter sofortiger Verhaftung zu drei Jahren Gefängnis.

Internationaler Weltbriefwechsel der Jugend. Die Weltjugendliga ruft in allen Ländern Briefwechselstellen ins Leben. Allen jungen Menschen, die für die Verwirklichung einer übernationalen Gemeinschaft eintreten, soll damit Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit Kameraden anderer Länder geboten werden. Das Wesentliche an der Einrichtung ist die Vermittlung der verschiedenen Adressen untereinander. Schon jetzt bestehen Verbindungen mit fast allen europäischen und vielen außereuropäischen Staaten. In Deutschland wende man sich unter Angabe des Namens, Berufes und der Adresse, des Alters, der Sprache, in der man die Korrespondenz führen möchte, der besonderen Interessen, der Nation des gesuchten Partners usw. an das Sekretariat der Weltjugendliga, Berlin SW. 11, Möckernstraße 133 a I (Rückporto füge man bei.) Die Vermittlung erfolgt kostenlos, doch werden freiwillige Beiträge gern entgegengenommen.

Städtische Vorturner- und Spielleiter-Kurse. Die städt. Abteilung für Sportsachen hat sich veranlaßt gesehen, von Mai ab Vorturner- und Spielleiterkurse einzurichten, in denen folgende Gebiete von erfahrenen Fachleuten gelehrt werden sollen: Turnen für Männer und Frauen, Leichtathletik für Männer und Frauen, Fußball für Männer, Turnspiel für Männer und Frauen. Jedes Gebiet wird praktisch für sich behandelt, die Uebungszeiten sind so gelegt, daß die berufliche Tätigkeit durch sie nicht beeinträchtigt wird. Als Uebungsleiter sind bisher die Herren Falsehr, Bräuel, Schulte, von Donop und Sorau gewonnen worden. Die Kurse sind auf die besonderen Bedürfnisse des Vereinswesens zugeschnitten; zu den einzelnen Uebungen können nicht mehr als 30 Teilnehmer zugelassen werden. Teilnahmeberechtigt sind alle Freunde der Leibesübung im Gebiet der Stadtgemeinde Danzig. Die Bedingungen der Kurse sind in den Diensträumen der Abteilung Sportsachen, Neugarten 28, einzusehen. — An die praktischen Kurse werden sich im Herbst Vorlesungen über Theorie von Sport und Turnen, Körperkunde, Geschichte der Leibesübungen, Verwaltungslehre u. a. m. anschließen.

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Der 3. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veranstaltet am 3. Juni einen Stafettenlauf Praust—Danzig. Die 10 Kilometer lange Strecke wird von zwei Vereinen in je einer Stafette gelaufen. Start ist Praust beim 10-Kilometerstein; Ziel ist der Heumarkt in Danzig. Rege Beteiligung sämtlicher Vereine wird erwartet. — Den Vereinen wird der Meldetermin (1. Mai) für die Faustballserie noch besonders in Erinnerung gebracht. — Die diesjährigen Bundesmeisterschaften für Leichtathletik kommen am 4. und 5. August zum Austrag. Das Programm sieht Einzelkämpfe in sämtlichen Wettkampfarten, sowie Fünf- und Zehnkampf für Sportler, Dreikampf für Fußballer und Sportlerinnen vor. Der Sieger jeder Wettkampfart trägt den Titel Bundesmeister. Der Kampfplatz ist das Berliner Stadion.

Wegen gemeinschaftlichen schweren Einbruchs hatten sich die Arbeiter Kurt Dr. und Johann Gl. aus Oliva vor Gericht zu verantworten. Die Angeklagten waren in ein Lager eingebrochen, in dem u. a. eine größere Quantität Kupferdraht aufbewahrt wurde, und stahlen diesen. Sie wurden jedoch ermittelt und jetzt durch das gemeinschaftliche Schöffengericht jeder zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Konzert Jadlowker.

Des „weltberühmten" Kammersängers Hermann Jadlowker Arien- und Liederabend hatte gestern abend wieder den großen Saal des Zoppoter Kurhauses fast gefüllt. Wie bei früheren Gelegenheiten war es auch diesmal das gleiche, und das Ganze ein Abend, der sehr gemischte Gefühle hinterließ. Man lauscht der immerhin ziemlich erledigten und gestern noch dazu etwas angegriffenen Stimme, die in der mittleren Lage noch von beträchtlicher Schönheit ist. Geht es nach oben, werden die Töne gerissen und gestoßen oder in nicht immer künstlerisch zulässigen Falsetten gebracht. Jadlowker, der bestimmt ein großer Könner ist, was sich gerade heute zeigt, wo seine Stimme nicht mehr den einstigen Glanz hat, kann es sich leider nicht versagen, Lieder zu singen. Was dabei herauskommt, zeigten gestern abend besonders die reichlich unmusikalisch gebotenen Schubertlieder oder gar das geradezu ärgerliche, bis zur Harlekinade entstellte Ständchen von Brahms, das ich in gehobenen Kabaretts schon besser, vor allem Brahms ähnlicher gehört habe.

Dann wieder ist man fast versöhnt, denselben Sänger Arien singen zu hören. Er singt die Hymnen des Alessandro Stradella, klar, manierlos tonschön, innig wie in besten Tagen. Das schönste bot er mit den italienischen Stücken (von denen Giordanis „caro mio ben" dem Sänger unvergleichlich geriet), wo seine Stimme alle Rundung, Weichheit und Fülle bekommt, wo er seine hochkultivierte Atmung zeigt, leicht und geschmeidig die Register wechselt und man weiß, daß er auch heute noch einer der besten Bel-canto-Sänger ist, die wir haben. Während Jadlowker fast schwach und hilflos bleibt, wo es geistige Durchdringung, starkes inneres Erleben zu gestalten gibt, überrascht er dann wieder plötzlich, wenn er in Gretschaninoffs „Heimat" den elementaren Einsamkeitsschrei der russischen Waldsteppe bringt, daß das kleine Stück zu einem Erlebnis wird.

Am Flügel saß Kurt Adami, trotz des bösen Instrumentes immer noch den hohen Klangpoeten und feinsinnigen Musiker verratend. Als Begleiter der Schubertschen und Brahmsschen Lieder dieser Interpretation tat er mir ehrlich leid, und ich kann es ihm nicht verdenken, wenn er sein Mißbehagen fühlen ließ.

W. O.

Aus dem Osten.

Elbing. Labourel wieder in Paris. Es ist der Journalist, der ohne Paß nach Deutschland kam, zwei Monate ungehindert ohne Paß von Ort zu Ort, in Deutschland zog, schließlich in Marienburg gefaßt und in Elbing bestraft, und dann aus der Untersuchungshaft, die über ihn wegen Spionageverdachts verhängt worden war, freigegeben wurde. Seine Moskaufahrt hat er aufgegeben. Er zog es vor, schnellmöglichst nach Paris zu dampfen.

Königsberg. Zum ostpreußischen Segelflug-Wettbewerb in Rossitten, vom 18.—28. Mai, veröffentlicht der Ostpreußische Verein für Luftfahrt ein Sonderausschreiben für ein Versuchs- und Uebungsfliegen junger deutscher Flieger. Es sind dort Preise von 15 000 bis 200 000 Mark ausgesetzt, die denjenigen Fliegern zugute kommen, die sich von fünf Sekunden ab am längsten in der Luft halten können. Auch drei Modellflugzeuge kommen zur Verteilung. Anmeldungen sind bis 1. Mai d. Js. an den Verein für Luftfahrt, E. V., Königsberg, Mitteltragheim 23, einzusenden. Dort können auch die näheren Bedingungen eingesehen werden.

Memel. Zum Tode verurteilt. Vor dem Memeler Schwurgericht fand eine zweitägige Verhandlung gegen den Besitzer Barkies aus Gibbischen-Martin statt, der des Mordes an der Altsitzerfrau Löhardt angeklagt war. Von dieser hatte der Angeklagte ein etwa 40 Morgen großes Grundstück gekauft, jedoch war das Altenteil, das nach dem Kaufvertrag an Frau L. fiel, so groß, daß der Angeklagte es kaum aufbringen konnte. Dies veranlaßte ihn, die Frau in der Nacht zum 24. Oktober 1922 zu erwürgen. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig. Belastet wurde die Frau des Angeklagten, von der behauptet wurde, daß sie ihrem Mann wegen des Kaufvertrages fortwährend heftige Vorwürfe gemacht habe, so daß dieser schließlich nicht mehr ein noch aus wußte. Das Gericht erkannte auf Todesstrafe.

Versammlungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiterverband. Heute, Donnerstag, den 26. April, abends 6½ Uhr, öffentliche Versammlung der Metallarbeiterjugend; Heveliusplatz 1/2, Saal 70. (9469

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Former und Gießereiarbeiter! Donnerstag, den 26. 4., 6½ Uhr, Tischlergasse 49: Branchenversammlung. (9459

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gebl & Co., Danzig.

Für unsere Postbezieher!

Für den Monat Mai nehmen alle Postanstalten und Postboten Bestellungen auf die „Danziger Volksstimme" entgegen. Der Bezugspreis beträgt

4000.— Mark.

pro Monat. Um eine Unterbrechung zu verhindern, bitten wir schon jetzt der Post die Bestellung aufzugeben und Freunde und Bekannte zu veranlassen, den untenstehenden Bestellschein ebenfalls ausgefüllt der Post zu überreichen.

Postbestellschein
für den Monat Mai 1923.

Herr
Frau

Stück	Benennung der Zeitung	Bezugsgebühr M	Bestellgeld M
1	Danziger Volksstimme	4000	36

Quittung.

Obige ... — Mk. sind heute richtig bezahlt.

Post-Annahme.

Ganz Danzig steht auf dem Kopf

wegen unserer kolossal billigen Preise!

Das Neueste der Saison

nur aus besten Stoffen!
Erstklassige Verarbeitung! Unerreichte Formenschönheit!

Knaben-, Jünglings- u. Einsegnungs-Anzüge

in großer Auswahl, sehr preiswert!

Herren-Anzüge 150000, 135000, 115000	90 000
Hochelegante Herren-Anzüge in blau und farbig, Ersatz für Maßarbeit 275000, 240000, 210000	160 000
Schlüpfer und Schweden-Paletots in den schönsten Dessins 200000, 160000, 125000, 95000	75 000
Elegante Herren-Hosen in gestreift, blau und schwarz 45000, 38000, 32000, 25000	18 000

Kommen Sie sofort!

Teilzahlung gestattet kleine Anzahlung bequeme Abzahlung

Bekleidungshaus London

2. Damm 10, Ecke Breitgasse

Kommen Sie sofort!

9468

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Abteilung für Oeffentliche Arbeiten I (Hochbauverwaltung) und das Siedlungsamt, bisher Rathaus Langgasse, befinden sich vom 23. d. Mts. ab im Städt. Rathause, Pfefferstadt 34/35, 3. Obergeschoß. Das Hochbauamt II (Städt. Hochbauamt), bisher Telegraphenkaserne Langfuhr, wird am 26. d. Mts. nach dem Rathause Langgasse verlegt. (9470)

Der Senat.
Abt. I Oeffentl. Arbeiten I.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, den 26. April, abends 7 Uhr: Zuschauer D 7:

Die Ehe im Kreise

Operette in 3 Akten, nach Meilhac und Halévy von Hermann Haller und Schwarz. Musik von Eduard Künneke. In Szene gesetzt von Erich Sterneck. Musikalische Leitung: Ludwig Schuster. Inszenierung: Emil Werner.

Bei allen wie bekannt. Ende 9½ Uhr.

Freitag, den 27. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten F 7: „Liebe" Trapitze.

Sonnabend, den 28. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum erstenmal: „Schneider Wibbel". Komödie.

Sonntag, den 29. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum erstenmal: Die toten Augen. Eine Bühnendichtung.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7½ Uhr:

Der große neue Operettenschlager

„Liebes-Diplomaten"

Musik von Franz Steininger

u. das brillante Sensationsprogramm

Grigori Matusewitcz
Gesellschaft russischer Kosaken auf der Balalaika, Mandoline und Harmonika

Tacu 77 Das Rätsel
Die Attraktion des großen Varietés

Bachmann - Lohmann
Das stimmgewaltige Operettenpaar

Gebr. Terra
Akrobatische Leistungen mit Tempelhelfer

Billett-Vorverkauf bei Arndt, Freitagstraße 1, und an der Theaterkasse.

Neu! **LIBELLE** Neu.
Die original amerikan. Jazzband-Kapelle
Kapellmeister **Gotti Möller**

V. S. P. D. Bezirk Kneipab

Sonnabend, den 28. April 1923 findet unser

Wintervergnügen

im Hotel Werder Tor, Kneipab 25 statt.

Gesang, Vorträge, Verlosung und Tanz.
Anfang 7 Uhr. Ende ??

Die Bezirksleitung.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Vereinigte Sozialdem. Partei
DANZIG

Maifeier 1923

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus

Künstlerische Feier, veranstaltet vom Zentralbildungsausschuß, unter Mitwirkung des gesamten Stadttheater-Orchesters (unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Selberg) und der Arbeitsgemeinschaft des Sängerbundes.

Festredner Dr. Zint

Konzert / Massengesang / Rezitationen / Fest-Aufführung.

Karten im Vorverkauf 1000 Mark, an der Abendkasse 1500 Mark, sind zu haben in der Volksstimme, im Gewerkschaftsbureau und bei den Parteivorstandsmitgliedern / Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt / Anfang 8 Uhr, Kasseöffnung 4½ Uhr.

Bürgergarten (Steppuhn) — Friedrichshain (Drzykowski) — Ostbahn (Ohra)

Familienfeier und großer Festball. Mitwirkende: Arbeitsgemeinschaft des Sängerbundes, Jungsozialisten und Arbeiterjugend.

Konzert / Vorträge / Festrede / Rezitationen / Festball

Arbeiter-Bildungsausschuß.

Am Freitag, den 27. April, abends 7 Uhr, in der Aula des städt. Gymnasiums, am Kohlenmarkt

Abendfeier

Enderling, Stuttgart: Aus eigenen Werken.

Karten 300 Mark an der Abendkasse.

Kein Laden

daher billigster Einkauf!!

Herren-Anzüge 98 000
175 000, 150 000, 120 000

Herren-Anzüge 198 000
280 000, 240 000, 220 000

Herren-Raglans, Herren-Hosen besonders billig

auf Teilzahlung

10 % Rabatt.

Berliner Konfektions-Vertrieb
Altstädtischer Graben 109, 1 Trp.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftl.-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —
Kein Policenmerkmal.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Ortsverwaltungen und von der

Schmiedestraße 16 Tanzlehrer
Beginn Anfängerkursus Freitag 1 2. 2 Stunden

Mandoline, Tennisschläger
zu verkaufen Schreiber, Denkmalsplatz 16.

Kinderwagen
(Sportmodell) zu verkaufen Schule, Langgasse 41, 1 Tr.

Ein gut erhaltenes Bettgestell mit Matratze billig zu verkaufen Heilgegeistgasse 10, pt.

Makulatur
bei abzugeben
Dt. Danziger Volksstimme
Am Spendhaus 6.

Für das Reine Diese [illegible]

Junges, kinderloses Ehepaar sucht eine
Portierstelle
in besserem Hause. Zu erfragen Große Bäckergasse 6, pt. links. (7

Junges, kinderloses Ehepaar sucht eine
Portierstelle
in besserem Hause. Offert. unt. V. 1361 an d. Exped. der Volksstimme. (7

Dam.- Kopfwasch- und Frisier-Salon, Ondulation
empfiehlt (7
Frau M. Becker-Hellert, Hl. Damm 5, 1 Treppe.

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 9383

Achtung! Heute! 3 Schlager!
1. Der große amerikanische Wildwest-Sensationsfilm!

Feuerkreis von Kalifornien

5 Episoden. 30 Akte.

II. Episode: **„Auf Leben und Tod"**
6 große, spannende u. äußerst sensationelle Akte

2. **„Se. Exzellenz, der Revisor"**
Ein lustiges Abenteuer aus der guten alten Zeit in 5 großen Akten in der Hauptrolle: Friedrich Zelnik

3. **„Große Sportwoche in Straßburg"**
Automobilrennen: 18 Konkurrenten 802 km Rennstrecke!

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Danziger Civilmusiker-Verein 1892.

Annahme von Gelegenheitsmusik sowie Musikaufträgen jeder Art erfolgt sachgemäß durch die

Musik-Zentrale Tischlergasse Nr. 49

Geschäftszeit täglich von 10–1 und 6–8 Uhr
Telefon 1518.

9463) Der Vorstand.

Achtung Hausfrauen!

Verkaufe noch das beliebte **Dänische** Verkaufe noch das beliebte

Schweineschmalz

A. Heilsberg
Markthalle und Keller.

9372

Dr. **Hautjucken, Flechten**
mit San.-Rat Dr. STRAHL's Hausalbe seit 100 Jahren ein mildes und wirksamstes Mittel.
Zu haben: Danzig: Elefanten-Apotheke, Breitgasse Nr. 16. Langfuhr: Hansa-Apotheke, Hauptstrasse Nr. 16.

Jüngeren Laufburschen

stellt ein
Expedition der Volksstimme,
Am Spendhaus 6.

Das Einkommensteuergesetz der Freien Stadt Danzig

vom 29. Dezember 1922
nebst den

Durchführungsbestimmungen

über den Abzug vom Arbeitslohn

Herausgegeben im amtlichen Auftrage von Steuerdirektor Busch
– Zurzeit 1000 Mark.

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32